

Stichwort:

Die Finanzkrise und die EU

Autor: Hans Kalt



Panik in der Wall Street (1884)

**Herausgegeben vom Bundesvorstand der KPÖ
Oktober 2007**

Hans Kalt:

DIE FINANZKRISEN UND DIE EU

Bei allen Widersprüchen innerhalb der EU, wie auch zwischen dieser und der übrigen Welt, darf niemals die enge Verflechtung der gesamten Weltwirtschaft außer Acht gelassen werden. Jede Missachtung dieser Tatsache hat – oft schmerzhaft – Folgen. Für die Entwicklung der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war – neben dem vorübergehenden Wegfall von einem Drittel der Menschheit aus der Vorherrschaft des Kapitalismus – eine weitere Gewichtszunahme des Finanzkapitals kennzeichnend. Dies trat anfangs fast ausschliesslich in Gestalt des US-amerikanischen Dollars auf. Bewegungen in der so anstehenden Finanzsphäre entfernten sich immer weiter von der realen Wirtschaftswelt. Dabei konnten aber Produktion und Zirkulation nur funktionieren, solange der Dollar „stimmte“, Geld war da. Die einander ablösenden Schulen der Politischen Ökonomie hatten bei allen Meinungsverschiedenheiten doch die gleiche Tendenz: Wenn die Realwirtschaft es erforderte, übernahmen sie sofort auch Thesen der von ihnen bekämpften anderen Schulen. Sie „segneten“ auch ihre Verwirklichung ab, wie wenige Jahre zuvor die verschiedengläubigen Geistlichen jede Verletzung des wichtigsten Gebots aller humanistischen Religionen – nämlich das „Du sollst nicht töten!“ abgesegnet hatten, wenn es nur für den „richtigen“ Gott erfolgte.

Von Keynes...

In der ersten Nachkriegszeit herrschte unbestritten die Schule des englischen Ökonomen John Meynard Keynes vor. Sie sah eine dirigistische Lenkung der Volkswirtschaft – natürlich im Interesse der jeweils mächtigsten Gruppen des Finanzkapitals – vor. In den USA Franklin D. Roosevelts hatte sie sich im Kampf gegen die Krisenfolgen der Dreißigerjahre bewährt. Ebenso bei der Mobilisierung aller Wirtschaftskräfte für den Krieg gegen Hitler. In Mittel- und Westeuropa wurde auf seine Schule eine ganze Theorie seiner „Sozialen Marktwirtschaft“ aufgebaut. An der Basis der Wirtschaft, in den einzelnen Unternehmungen, ging die Entwicklung weiter. Die Technologie entwickelte sich in der Produktion wie in der Zirkulation von Waren und Geld. Jede staatliche Lenkung musste der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital fördern. Das erzwangen die Aufgaben bei der Bewältigung der Kriegs- und Nachkriegsfolgen.

In der ersten Phase war der Dollar dabei einfach die „natürliche“ Weltwährung. Mit ihm konnte man alles bezahlen. Aber die rasch einsetzende Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen nationalen Volkswirtschaften sprengte den Rahmen einer Währung, die von der US-Administration in ihrer Menge allein nach ihren Bedürfnissen „geschaffen“ werden konnte. Die Einführung des Goldes als Weltwährung konnte auch nichts ändern, solange Dollars an Stelle von Gold fungieren konnten. Solange die US-amerikanische Volkswirtschaft alle anderen noch genügend dominierte, genügte ein System in nur geringen Grenzen schwankender Wechselkurse der einzelnen Währungen, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten. Zwar gab es Pannen und Stockungen, aber bis in die 80-er Jahre funktionierte dieses – direkt auf die Schule von Keynes gestützte – Weltwährungssystem in der ganzen kapitalistisch gebliebenen Welt.

Aber die wirtschaftliche Realität ist immer stärker als jede nur „am grünen Tisch“ entwickelte Konstruktion. Einige außereuropäischen Schwellenländer hatten schon während des Krieges ihre Realwirtschaft im Vergleich zu Europa deutlich stärken können. Für Japan erwies sich der auf die Niederlage folgende Verzicht auf grössere Rüstungsmaßnahmen als unerwarteter

Stimulans für die technologische Entwicklung. Einige europäische Staaten nützten die durch den Marshall-Plan erhaltenen Mittel zu schnellem Wirtschaftsaufbau.

Die Sonderstellung des Dollars konnte nicht aufrechterhalten werden. Die Währungen sollten ihrer jeweiligen Stärke entsprechend „frei“ untereinander getauscht werden. Ihre Kurse sollten „floaten“. Eine Währungssicherung gegen übermäßiger Kursschwankungen sollten durch einen Internationalen Währungsfonds mit Hilfe einer eigenen Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gewährleistet werden. Aber die erhoffte „ruhige“ Entwicklung der Weltwirtschaft trat nicht ein. Alle Regelungen und Befugnisse des Weltwährungsfonds wurden überrollt von der gleichzeitig einsetzenden Welle „spontaner“ – weil durch die ökonomischen oder politischen Bedürfnisse erzwungenen – Finanzbeziehungen zwischen den großen Finanzgruppen und den Staaten. Das war der Lebenssaft des hochentwickelten Kapitalismus. Zwangsläufig führte es auch zu Währungsschwankungen. Für die EU brachte es langfristig den Zwang, eine einheitliche europäische Währung zu schaffen, um zumindest innerhalb der EU Währungskonflikte zu vermeiden.

...zu den „Chicago-Boys“

Diese Wendung der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik war geleitet von der Schule der „Chicago-Boys“, also der Schüler des dortigen Universitätsprofessors Milton Friedman. Sie wurde als „Monetarismus“ bezeichnet, da ihr Dirigismus sich vor allem auf das Wirken von Währungs- und Kreditbeziehungen stützte. Direkte staatliche Führung von Wirtschaftsunternehmungen wurde verpönt. Verstaatlichte Betriebe wurden privatisiert. Selbst dort, wo sie historisch entstanden waren und sowohl die Bedürfnisse der Konsumenten, wie auch die der Belegschaften viel besser befriedigen konnten, als Privatunternehmen. Das zeigte sich zum Beispiel beim britischen Eisenbahnnetz, bei verschiedenen Postdiensten usw. Aber diese Welle von „Entstaatlichungen“ brachte auf jeden Fall außerordentliche Gewinnmöglichkeiten für die sie durchführenden Spitzenmanager. Wenn auch nicht überall in so krasser Form, war die Genesis der postsowjetischen Oligarchenfamilien Beispiel dafür.

Die starke Ausweitung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen war begleitet von einer noch stärkeren Ausweitung des Kreditgeldes. In bestimmter Hinsicht glich die Lage der zu Mitte des 19. Jahrhunderts, dem Höhepunkt des vormonopolistischen Kapitalismus und der beginnenden Vormacht der Finanzmonopole. Diese ging jetzt über in eine Sphäre, in der reales Geld (Münzen, staatlich garantierte Banknoten) im Geschäftsleben die Ausnahme wurden und virtuelles Geld in Form von Wechseln, Terminverpflichtungen und - Rechten gewaltig an Umfang zunahm. Selbst für den „letzten“ Akteur im Wirtschaftsleben, dem Konsumenten bzw. Letztverbraucher der Güter und Leistungen, die als Waren gehandelt wurden, trat mehr und mehr die Plastik-Karte mit elektronischer Wertspeicherung, Abbuchung usw. an die Stelle von Münzen und Banknoten.

Das eröffnete ein breites Gebiet neuer Spekulationsmöglichkeiten. Im jetzigen Informationszeitalter war dabei der Prozess viel schwerer durchschaubar als eineinhalb Jahrhunderte zuvor. Wer aber an der Quelle oder den Schaltstellen der Finanzbewegungen saß, hatte ungleich mehr Einflußmöglichkeit auf alle in der Wirtschaft Agierenden als je zuvor. Dabei wurde auch die Kluft immer größer zwischen dem Spitzenmanagement der Kapitalgesellschaften und den kleineren Anteilseignern. Besonders wirkte das in jenen Gesellschaften, deren Geschäfte gerade in der Finanzanlage und der Zirkulation von Wert lag.

Der Aufstieg der Finanz-„Derivate“...

Das rasche Wachsen des Kreditumfangs war einerseits Bedingung für rasches Wirtschaftswachstum aber es vervielfachte auch die Auswirkung jeder Störung in dem sich milliardenfach abwickelnden Austausch von realen Werten. Wieder kennzeichnete ein ganze Reihe neuer Begriffe die Veränderungen: Dort, wo die Verbindung von Papieren zu wirklichem Wert nur über Zwischenglieder erkennbar gemacht werden konnte, begann man von „Derivaten“ zu sprechen.

Dieser Ausdruck wurde aus der Chemie übernommen. Ein Teil dieser neuen Bezeichnungen entsprang dem Bedürfnis der Anbieter von Wertpapieren, ihre Angebote nun einen weltweit ansprechbaren Käuferpublikum „schmackhaft“ zu machen. Dabei ging des Publikum hinsichtlich der sozialen Schichtung nicht nur „in die Breite“, sondern auch in die Tiefe. Manche Angestellte, ja auch besser verdienende Arbeiter wurden auch Aktienbesitzer.

Natürlich hat man bisher noch bei keinem der Toten, die nach dem Untergang verfallender Holzkähne aus dem Mittelmeer herausgefischt werden konnten, Dollar-Bonds der amerikanischen Fed oder auch andere Wertpapiere gefunden. Aber selbst in Afrika begannen die reichsten Angehörigen der Oberschicht Wertpapierdepots anzulegen. Die den Kreditmarkt bestimmenden Währungen, Dollar, Yen, britisches Pfund und andere Währungen ersetzten in der fiktiven Form von Papierdarstellungen den früher realen Wertbesitz dieser Schicht, ob dieser nun in Gold oder Diamanten oder auch aus Viehherden bestand.

Neben der Werbung für die Verwandlung von realem Vermögen in verschiedene Formen von imaginären Wert erhielten die Banken eine weitere Aufgabe: Die Verwahrung und Verwaltung solcher Depots, oft weit weg vom Wohnort der Eigentümer. Wichtiger Teil des Geschäfts gerade mit dieser Art „Kundschaft“ wurde die Sicherung solcher Vermögen auch im Fall politischer Umwälzungen.

...und ihrer Besitzer und Verwalter

Das führte zum Entstehen einer Atmosphäre besonderer Geheimhaltung, in der sich eine an Zahl und Einfluß rasch zunehmende Schicht übelster Geschäftemacher festsetzte. In besonderem Mass war bald die EU Arbeitsgebiet solcher „Vermögensverwalter oder wie sie sich sonst nannten. Besonders beliebt sind dabei durch Bank- und Steuergesetz begünstigte oder überhaupt „rechtsfreie“ Räume. Innerhalb der EU wurden Luxemburg, Monaco, die Kanalinseln weltweit die bekanntesten, kaum erfassbaren Inselstaaten der Karibik oder im Pazifik Zuflucht für solche Vermögen.

Leute, die diese Wege kannten und die Verbindungen zu ihnen in der Hand hatten, konnten natürlich in früher kaum denkbaren Umfang auch für sich selbst „Beute“ realisieren. Ob diese dann Verwaltungsgebühren, Provisionen, Prämien oder sonstwie genannt wurden, sie hatten mit Erträgen vom eigenem Kapitaleigentum nichts mehr zu tun. Da und dort kamen blitzartig Details ans Tageslicht, die Schlüsse über die Höhe solcher Benefizien ermöglichen.

Ein Beispiel dafür war der Prozess gegen die gesamte vorherige Führungsgarnitur der viertgrößten Bank Österreichs im Jahr 2007. Es war dies die BAWAG, die – makabre Ironie – bis dahin dem Gewerkschaftsbund gehört hatte. Bis zum Ende des Prozesses kam zwar nicht ans Tageslicht, wieviel von den 1,4 Milliarden Euro, die im Lauf weniger Jahre an Bankgeld durch Spekulationen verspielt worden waren, auf niemals offengelegten Konten des diese Spekulationen durchführenden Wolfgang Flöttl gelandet waren, aber der oberste Boss dieser

Bank, Helmut Elsner, den Flöttl als für alle Transaktionen verantwortlich bezeichnete, konnte noch während die Bank de facto schon insolvent war, eine Pauschalabfindung von 8 Millionen Euro – nach damals geltender österreichischer Währung über 100 Millionen ÖS, ganz legal kassieren.

Wie aus einem Bericht der Weltbank hervorgeht, mußten schon 1997 40 % der Unternehmen weltweit Schmiergelder zahlen, um die Wirtschaft in Gang zu halten. (Siehe „Der Standard“ vom 26.6.1997) Selbst weltweit tätige Großkonzerne, wie zum Beispiel Siemens, mußte 2007 ihre Führungsspitze auswechseln, weil nicht mehr länger geheim gehalten werden konnte, dass diese Führungsspitze eine Milliarde Euro an Bestechungsgelder „verteilt“ hatte. So vermied, sie, dass auch dieser Sumpf vor Gericht durchleuchtet wurde.

Keine Kennzeichnung dieses heutigen Zustandes des Kapitalismus kann deftig genug sein, um der Wirklichkeit Rechnung zu tragen. Gegen Ende der 80-er Jahre – also zeitgleich mit den entscheidenden Schritten zur Weiterentwicklung der „Römischen Protokolle“ in einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und schließlich die „Europäische Union“ (EU) – trat etwas ein, das Politökonomien verschiedener Schulen viel früher erwartet hatten – die jeder kapitalistischen Wirtschaft „angeborene“ Krisenanfälligkeit wurde wirksam. Die konkrete Erscheinungsform dieser ersten großen „Nachkriegskrisen“ war auf einzelne oder einige wenige nationale Volkswirtschaften beschränkt. Sie wurde daher lange gar nicht als solche erkannt.

Von der Dominanz des Finanzkapitals....

Die bereits dominierende Rolle der Finanzsphäre ermöglichte den Mächtigen überdies, einige für kapitalistische Krisen typische Erscheinungen lange zu „überdecken“ zum Beispiel die Stagnation oder gar den Rückgang der wirtschaftlichen Reproduktion, das rasche Wachsen der „industriellen Reservearmee“ in Form von Massenarbeitslosigkeit der besonders starke Lohndruck auf die noch im Reproduktionsprozess verbliebenen Beschäftigten, deren Verdrängung in „prekäre“ Arbeitsverhältnisse, Abbau sozialer Rechte und Errungenschaften unter anderem. Gleichzeitig steigt die Kapitalkonzentration in den Händen der großen Finanzkonzerne.

Das alles gehört so ausgeprägt zum allgemeinen Bild des von diesem Zeitpunkt an wieder „konsolidierten“ Kapitalismus in den entwickelten Industriestaaten, dass dahinter die krisenhafte Entwicklung nur schwer erkennbar war. Dies umso mehr, als die ersten in dieser Form auftretenden Krisen im wesentlichen auf die Finanzsphäre – also ihre unmittelbare Quelle – begrenzt werden konnten.

Ausgangspunkt dieser Art Krisen waren die großen Veränderungen der Eigentumsverhältnisse – oft durch außerökonomische Massnahmen. Diese betrafen oft große Grund- und Immobilienbesitzungen. Wie immer sie entstanden waren, sie forderten das fungierende Kapital geradezu heraus, in den Reproduktionsprozess mit einbezogen zu werden. Durch Verkauf oder hypothekarisch gesicherte Beleihung konnten sie in die vielseitigst einsetzbare Wertform, nämlich Bargeld, verwandelt werden.

Hier wurden die Banken eingeschaltet. Die Belehnung mit Pfandrechten zur Deckung hypothekarisch gesicherter Kredite erfasste wirtschaftlich nutzbare Landwirtschafts- und Forstflächen, Bodenschätze, zur Bebauung geeigneter Flächen in Städten und Ballungsgebieten, Baugrund für Familienhäuser in entsprechender Lage. In den aus der früheren DDR entstandenen deutschen Bundesländern ging diese Entwicklung wegen der Nähe eines funktionierenden Finanzapparates in Westberlin und den alten Bundesländern

besonders schnell vor sich. Dazu trug bei, dass in den ersten Jahren nach dem „Anschluß“ an den Westen das imaginäre Bild von den angeblich in Kürze „blühenden Landschaften“ in Ostdeutschland die Stimmung stark beeinflusste. Alle Grundstückspreise schnellten in der Hoffnung auf eine solche Entwicklung in die Höhe. Ebenso natürlich auch die Summen von darauf möglichen Hypothekarkrediten.

Grundeigentum wird in der wirtschaftlichen Tradition als besonders wertsicher betrachtet. Grundbücherlich gesicherte Pfandrechte zur Deckung von Hypothekarkrediten schien eine Art „Sesam öffne dich!“ zu reich sprudelnden Finanzquellen für den Aufbau im Osten zu werden. Aber diese Quellen sprudelten nur kurze Zeit. Das versilberte Bild von „blühenden Gärten“ im Osten verlor rasch an Glanz. Wer in dieser kurzen Zeit aus dem Restbestand der früheren DDR-Kombinate Grundbesitz billig erwerben und teuer verwerten konnte, wurde Multimillionär. Banken und andere Finanzinstitute, die auf diesen boomenden Zug von Immobiliengeschäften aufsprangen, trafen dort schon auf den Preisverfall. Der trat sofort ein, als sichtbar wurde, wie wenig Ernst es den Spitzen der neuen Bundesrepublik mit dem Halten der vorher dem Osten gemachten Versprechen war.

Die Entwicklung der Realwirtschaft unterliegt ihren eigenen und nicht den von politischem Kalkül und Propaganda bestimmten Gesetzen der Politik.

Dabei entwickelte der Finanzapparat (für den jetzt fallweise schon der Ausdruck „Finanzindustrie“ gebraucht wurde) eine Reihe neuer Bezeichnungen. Diese sollten dem mit verschiedenen Zusagen bedruckten Papier noch glaubhafter den Anschein eines realen „Produkts“ einer Industrie geben. Dabei drücken sie bestenfalls einen um mehrere Ecken realisierbaren Anspruch auf ein kleines Stück Wert vom „großen Kuchen“ aus.

...über die Finanz-“Produkte“...

Die klassischen Formen von „Bonds“ – Verschreibungen auf Eigentum an staatlich garantierten Werten - Anleihe – und Rentenbonds, wurden zurückgedrängt durch „Hedgefonds“. Diese hielten besonderen Wertzuwachs versprechende Aktien und Hypothekentpapiere, die Anspruch gegen Objekte von steigendem Wert zusagten. Je größer dabei ein erhoffter Gewinn sein konnte, desto größer der Verlust, der im Gleichklang mit der Weiterentwicklung des belasteten Objekts eintreten musste. Noch mehr Unsicherheit brachte die Zunahme anonymer Guthaben. Die genaue Zusammensetzung der „Portfolios“ solcher Fonds, eintretende Veränderungen, wurden – wenn überhaupt – in einer Form veröffentlicht, die einem kleinen Erwerber von Fondsanteilen kaum Einblick sicherte. Banken konnten so in Fonds-Papiere „verpackte“ Aktive ausweisen, die ihren Wert zum Teil schon verloren hatten.

Auch für die Bewertung hypothekarisch gesicherter Veranlagungen wurde in Perioden wirtschaftlichen Stillstands wichtig, ob sie „erstrangig“ oder „nachrangig“ gegenüber dem belastenden Gut geltend gemacht werden konnte. Kredite gegen „nachrangige“ Pfandrechte brachten bei nochmaligem Wirtschaftsverlauf zwar höhere Zinsen, bei Insolvenz und Zwangsverkauf konnte aber der ganze Kredit verloren sein.

Die Einbeziehung auch solcher Ansprüche in Fondsaktiva kann deren Anteilscheine ausser in Hochkonjunkturperioden zu „faulen“ Papieren werden lassen. Solange die Realwirtschaft floriert, muss man das nicht einmal merken, da ja dann aus solchen Ansprüchen sogar überdurchschnittliche Erträge den Fonds zufließen. Wird aber eine größere Summe durch Insolvenzen der Kreditnehmer uneinbringlich, kann auch hypothekarisches Pfandrecht dieser Art (heute oft als „subprime“ bezeichnet) nicht immer vor Verluste schützen.

Wieviel von den ausgewiesenen Aktiva einer Bank aus „faulen“ Aussenständen besteht, wird durch den „Mix“ der in der Verfügung der jeweiligen Bank befindlichen Teile der einzelnen Fonds bestimmt – und für den naiven Anleger verschleiert. Dass etwa die Sächsische Landesbank während der von den US-Hypothekenbanken ausgehenden großen Krise 2007 wegen der durch „faule“ Papiere eintretenden Verluste verkauft werden mußte und gleichzeitig auch die Berliner Banken durch „faule“ Aussenstände überlastet waren, kann durchaus auch Spätfolge von aus der Zeit nach dem „Anschluss“ an die Bundesrepublik mitgeschleppten Verlusten sein. Das wird aber niemand zugeben.

...zu den Kreditkrisen

Diese erste Finanzkrise seit Bestehen der EU konnte in ihren damaligen Auswirkungen auf die BRD begrenzt werden. Diese verlor aber ihre „natürliche“ Rolle als führender wirtschaftlicher Motor innerhalb der EU, deren zahlenmäßig größter Mitgliedstaat sie ja nun eindeutig war. Die Arbeitslosigkeit wuchs besonders stark, soziale Errungenschaften wurden abgebaut. Dabei wurden einzelne Massnahmen, die eindeutig gesellschaftspolitischen Rückschritt brachten, als unvermeidliche „Reformen“ bezeichnet. Wieder eine medienpolitische Schönung, da dieser Ausruck in der Frühzeit der Arbeiterbewegung für nicht durch gewaltsame Aktion sondern durch Verhandlungen erreichte Fortschritte geprägt worden war. Jetzt gehörte dadurch die BRD – das ökonomisch stärkste Mitglied der EU – zu jenen Mitgliedern, die selbst initiierte und beschlossene Schritte zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen mehrere Jahre hindurch nicht einhalten konnten.

Die nächste Krise dieser Art brach überraschend am „anderen Ende“ der Welt, in Südostasien, aus. Hier hatten sich zu Beginn der 90er Jahre mehrere kleinere Staaten auf der Grundlage eigener Rohstoffvorräte, vorzüglicher Handelsverbindungen, günstiger Verkehrswege und des Fleißes einer fähigen und nicht mehr vom Kolonialjoch unterdrückten Bevölkerung wirtschaftlich rasch entwickeln können. Zu ihnen gehörten Südkorea, Taiwan, Hongkong, die Philippinen, Malaysia, Singapur, Indonesien, die damals im Wirtschaftsleben auch als „kleine Tiger“ bezeichnet wurden. Japan hatte dank dem Fortfallen größerer Rüstungslasten nach der Niederlage ebenfalls einen überraschend starken Wirtschaftsaufschwung erlebt.

Mitten in dieser Boom-Periode der Realwirtschaft, begannen – ausgehend von Thailand – mehrere Banken in Schwierigkeiten zu geraten: Auch sie hatten, im Bestreben, die Möglichkeiten der Hochkonjunktur maximal auszunützen, ihre Finanzmöglichkeiten durch die Einbeziehung „unsicherer“ Kreditquellen überzogen. Das von ihnen so vergebene Kreditvolumen überschritt die Möglichkeiten, aber auch die Erfordernisse der Konjunktur. Faule Kredite nahmen zu, „gesundes“ Bargeld wurde immer knapper. Der Zusammenbruch erster Geldinstitute griff auf wirtschaftlich so starke Länder wie Südkorea und sogar Japan über.

Da mußte die damals im Raum um den Pazifik dominierende US-Finanzmacht den Banken zu Hilfe kommen: Gemeinsam mit internationalen Finanzinstitutionen griff sie ein und erreichte, dass die Realwirtschaft dieses Raumes vor größeren Folgen verschont blieb. Begünstigt wurde das dadurch, dass zu eben dieser Zeit die erste Welle anlagesuchender Petrodollars von den nach der Ölkrise über Dutzende Milliarden Dollar verfügenden Superreichen aus den Ölscheichtümern auf den Finanzmarkt drängte. Das war auch der Grund, dass im EU-Raum angesiedelte Banken nur am Rand von dieser Krise berührt wurden.

Dagegen wurde der Brasilianische Real und der russische Rubel in den Sog der Währungsabstürze mit hineingerissen.

Alle von dieser Krise betroffenen Staaten hatten schon legale (wie auch illegale) Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik China. Deren Währung blieb allerdings von den Turbulenzen damals noch unberührt. Als Stabilitätsfaktor entsprach das durchaus auch den Interessen dieser „Kleinen-Tiger“-Staaten. Ob es dabei auch schon inoffizielle Kontakte der Währungsverantwortlichen mit chinesischen Stellen gab, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden.

Das Kartenhaus und die „Subprime“- Krise

Das war aber noch nicht der Höhepunkt dieser Art Finanzkrisen. Im Laufe des ersten Halbjahres 2007 gab es deutliche Anzeichen, dass ein Teil des damals boomenden US-amerikanischen Wohnbau-Marktes auf Rechnung nur mangelhaft, nämlich durch Hypothekarkredite mit nachrangigen Pfandrechten finanziert war. Das schien in normalen Zeiten kaum ein Problem. Wer kein erstrangiges Pfandrecht anbieten konnte, musste für geliehenes Geld nur schlechtere Bedingungen und höhere Zinsen in Kauf nehmen. In der Presse tauchten Schätzungen auf, dass etwa eineinhalb Millionen der neu gebauten Familienhäuser auf diese Art finanziert waren. Diese Kredite liefen meist für 30 Jahre. Jede in dieser Zeit eintretende Verschlechterung der Einkommensverhältnisse konnte die Weiterzahlung der Annuitäten und damit das Eigentumsrecht auf das eigene Wohnhaus gefährden. Das ist in jedem Einzelfall tragisch. Sobald es aber Zehntausende, ja Hunderttausende Fälle werden, mussten die vieltausendfachen Tragödien auch volkswirtschaftliche Auswirkungen haben. Bei nur nachrangigen Ansprüchen bringen Zwangsverkäufe kaum etwas für die Berechtigten. Eine Spannung baute sich am Kreditmarkt auf.

Um die Jahresmitte 2007 brach das Kartenhaus zusammen. Das Problem dieser ungesichert fällig werdenden nachrangigen Hypothekarkredite stand akut vor Dutzenden Banken und anderen Finanzinstituten. Nur durch als nachrangig bewertete hypothekarische Pfandrechte gesicherte Kredite werden auf Englisch als „subprime“ bezeichnet. Daher auch die Bezeichnung „Subprime“-Krise.

Diese Krise war von Anfang an nicht nur eine solche insolvent gewordener „Häuselbauer“, die auf einmal den Banken die ihnen geschuldeten Annuitäten nicht mehr zahlen konnten. Hedgefonds-Banken, aber auch die Verwalter seriöser Pensionsfonds hatten die Chancen höherer Zinsenflüsse aus den Annuitäten solcher nur subprime gedeckter Forderungen schnell erkannt.

Darüber, was dann geschah, lasse ich am besten einen, der an leitender Stelle stand, zu Wort kommen. Der Vorstand der deutschen Commerz-Bank, Bernd Knobloch, schildert in einem Interview für die Wiener Tageszeitung „Der Standard“ (25./26.8.2007) den Ablauf: Zuerst verweist Knobloch auf die Parallele zwischen der jetzigen Krise und der deutschen Immobilienkrise nach dem Ende der Wiedervereinigungs-Euphorie Anfang der 90er Jahre. Deren Verluste haben damals die deutschen Banken selbst tragen müssen, sagt er. In den USA werden hingegen diese Verluste an Investoren „sozialisert“ und damit im internationalen Kapitalmarkt verstreut. Durch die mehrfache Bündelung von Immobilienkrediten in Wertpapieren können die Anleger das Risiko nicht mehr abschätzen und müssen sich allein auf die Rating-Agenturen verlassen. „Je mehr ich diese Kredite unter dem Aspekt der Risiko-Diversifizierung vermische, desto weniger weiss ich am Ende, was in meinen Büchern steht.“ Die einfache Bündelung in Mortgage-Backed Securities sei nachvollziehbar, doch die weitere Vermischung in Collateral Debt Obligations (CDO) gehe einen Schritt zu weit. Wieviel

solche Sammelpapiere jede einzelne der grossen Banken in den EU-Staaten hält, sagt sie immer erst, wenn die Offenlegung im Fall einer Pleite unvermeidlich wird.

Die USA „sozialisieren“ die Verluste in der EU

Sicher waren die USA jenes Land, das Pleiten als direkte Folge der Subprime-Krise am stärksten zu spüren bekam. Aber der Gesamtschaden für die Finanzinstitute – vor allem durch die breite Streuung solcher Kollateral-Schuldverschreibungen – war im EU-Raum viel grösser. Besonders Deutschland war wieder betroffen. Das zeigte sich vor allem in der Höhe der zur Stabilisierung der Finanzmärkte von den großen Währungsbanken flüssig gemachten Summen. (Diese waren keine Geschenke, sondern wurden zu besonders günstigen Zinsen ad hoc den in eine Geldklemme geratenen Banken vorgestreckt, um deren Insolvenz zu vermeiden.)

Die drei größten Notenbanken der Welt (die US-amerikanische Fed, die europäische EZB und die japanische Notenbank) haben während weniger besonders kritischer Tage im August 2007 264,2 Milliarden Euro dem Finanzapparat an zusätzlichen Barmitteln zugeführt. Davon kamen über 200 Milliarden Euro allein von der EZB.

Um bei dem Bild einer „Sozialisierung“ der Subprime-Spekulationsverluste amerikanischer Banken zu bleiben, diese erfolgten vor allem auf dem Rücken der Einlagenbesitzer europäischer Geldinstitute. Da hat auch die ganze EU nichts geholfen.

Dutzende Banken, Pensionsfonds usw. im EU-Raum mussten eingestehen, dass sie im Rahmen solcher „gebündelter“ Wertpapiere auch Unmengen „fauler“, weil nur nachrangig gedeckter Kreditpapiere angenommen hatten. Wie weit das ging, zeigte eine Notiz in der Wiener Tageszeitung „Die Presse“, derzufolge selbst Notenbanken, die ja in ihren Fremdwährungsfonds auch Dollar halten müssen, diese zum Teil in Portfolios halten, in denen sich auch solche „faule“ Sammelpapiere befinden.

Auch Staaten, die dies lange Zeit zu verbergen suchten, wie zum Beispiel Grossbritannien, waren ernsthaft betroffen. Dort wäre schon Mitte September die fünftgrößte Hypothekbank „Northern Rock“ insolvent geworden, wenn ihr nicht die Bank of England mit einem kurzfristigen Notfall-Kredit zu Hilfe gekommen wäre. Selbst die drittgrößte britische Bank, Barclays, benötigte mehrmals solche Aushilfen. Obwohl gar nicht Mitglied des Euro-Währungsblocks, mussten auch englische Banken kurzfristige Anleihen bei der EZB aufnehmen.

Der Chef der Österreichischen Notenbank, Klaus Liebscher, bestätigte in einem „Standard“-Interview am 15./16.9.2007 Schätzungen von Experten der EU-Kommission auf der Finanzminister-Tagung in Porto, dass mehr als 600 Milliarden Dollar an schlecht gesicherten Immobilien-Krediten in den USA nicht zurückgestellt werden können. Das Schlechte ist, dass niemand genau sagen kann, welche zirkulierenden Wertpapiere und zu welchem Teil nicht mehr gedeckt sind. Dadurch verlieren Banken auch untereinander, das für jede Geschäftsabwicklung notwendige Vertrauen.

Dabei geht es insgesamt um Beträge, die – wollte man sie sofort zum Nominalwert fällig stellen – den Zusammenbruch des gesamten internationalen Kreditsystem bedeuten würde.

Die Rettung des Finanzsystems straft den „freien Markt“ Lügen

Man braucht sich nur zu erinnern, welche Rolle der Zusammenbruch der Wiener Credit-Anstalt 1929 in der großen Weltwirtschaftskrise gespielt hat, um sich vorstellen zu können, wie der jetzt drohende Zusammenbruch mehrerer Großbanken auf die Realwirtschaft gewirkt hätte. Selbst verschworene Anhänger der Schule Milton Friedmans mussten diese gigantischen dirigistischen Eingriffe in den Finanzmarkt gutheissen. Das „freie Spiel“ der Marktkräfte und des Kapitals hätte in eine Wirtschaftskatastrophe geführt. Man warf also in den Entscheidungsgremien wieder einmal die eigenen Grundsätze über Bord: Am Höhepunkt der Krise sagte selbst die Bush-Administration in den USA zu, sie würde 80.000 Familien, die durch ihre Zahlungsunfähigkeit die Bankkannuitäten für ihre Wohnhauskredite nicht mehr zahlen könnten, staatliche Zuschüsse zum Erhalt ihrer Wohnungen leisten. Dabei dürften aber keineswegs Spekulanten, die auch durch die Krise gelitten hatten, Schadenersatz erhalten. Wie sie das sichern wollte, sagte die Bush-Administration allerdings nicht.

Um diese Zeit fand man auch schon Schuldige an diesen Krach: Die sogenannten „Rating-Agenturen“, die mit ihren „Gutachten“ auch minderwertigen Hypotheken erstklassige Qualität bescheinigt hatten. In offiziellen EU-Dokumenten, aber auch in Erklärungen zum Beispiel des französischen Präsidenten Sarkozy wurden Namen genannt, etwa „Standard & Poors“, „Moody“ und andere.

Dabei stand zu dieser Zeit schon eindeutig fest: Auch wenn die Realwirtschaft – wenn auch mit Schrammen – weiter funktioniert, sind auch diese vor allem die Finanzsphäre betreffenden Krisen ein Ausdruck der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. An der hat sich auch nach dem Scheitern des ersten weltweiten Versuchs zur Schaffung einer Alternative, aufgebaut auf humanistischen Prinzipien, nichts geändert.

Karl Marx über die Kreditkrisen und ihre Ursachen

Es ist auch nachweisbar, dass schon Karl Marx jene Form der kapitalistischen Krise, die ihren Ausgangspunkt in der Sphäre des Kreditgeldes hat, explizit untersucht hat. Im dritten Band des „Kapital“ untersucht Marx auch die mit den jetzigen Krisenerscheinungen vergleichbaren Krisen um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Er stützt sich dabei auf die Untersuchungsausschüsse des britischen Unterhauses und des Oberhauses über die Handelskrise („Commercial Distress“) von 1847/48 und auf den Bericht des Unterhauses über die Wirkung der Bankakte von 1844/45. Dabei stösst er immer wieder auf den Kern des Problems: Diese Krisen, die damals allerdings erst das Wirtschaftsleben Großbritanniens und Nordamerikas trafen, müssen im Rahmen der Tendenz zu Krisen des Kapitalismus überhaupt verstanden werden.

Im 15. Kapitel des dritten Bandes des „Kapital“ fasst er zusammen (Marx/Engels Werke, Dietz 1970, Bd. 25 S. 277):

„Herstellung des Weltmarkts . Die ungeheure Produktivkraft , im Verhältnis der Bevölkerung, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise sich entwickelt und, wenn auch nicht im selben Verhältnis, das Wachsen der Kapitalwerte (nicht nur ihres materiellen Substrats), die viel rascher wachsen als die Bevölkerung, widerspricht der, relativ zum wachsenden Reichtum, immer schmaler werdenden Basis, für die diese ungeheure Produktionskraft wirkt, und den Verwertungsverhältnissen dieses schwellenden Kapitals. Daher die Krisen.“

Sodann über die spezielle Wirkung des Kreditwesens (a.a.O. S. 457):

„Wenn das Kreditwesen als Haupthebel der Überproduktion und Überspekulation im Handel

erscheint, so nur, weil der Reproduktionsprozess, der seiner Natur nach elastisch ist, hier bis zur äussersten Grenze forciert wird, und zwar deshalb forciert wird, weil ein großer Teil des gesellschaftlichen Kapitals von den Nichteigentümern desselben angewandt wird, die daher ganz anders ins Zeug gehen als der ängstlich die Schranken seines Privatkapitals erwägende Eigentümer, soweit er selbst fungiert.“

„Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts, die als materielle Grundlagen der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhegrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist. Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise.“

Schliesslich formuliert Marx die am öftesten zitierte Definition der Ursache der kapitalistischen Krisen (a.a.O S. 501):

„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut der Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenzen bilde.“

Ob man die jetzigen Krisen als Subprime-Krisen, Hypothekenkrisen oder sonst wie nennt, man muss die Schlussfolgerungen von Marx beachten: Die Banker, Fondsmanager usw. verfügen heute sicher über vieltausendmal mehr fremdes Geld als vor 150 Jahren. Selbst wenn ihre Gier, aus dieser Verfügungsgewalt über fremdes Geld Profit zu ziehen, nicht größer wäre als damals, die volkswirtschaftlichen Folgen wären in jeder Richtung vielfach größer. In gleichem Mass auch der Krach, in dem das enden muss.